

## Integration muss gelingen – Mehr Geld für Deutsch- und Integrationslehrer

Damit wir ausreichend gute Lehrkräfte für Sprach- und Integrationskurse bekommen, haben wir im Haushaltsausschuss eine Erhöhung der Mindestvergütung auf 35 Euro pro Stunde durchgesetzt. Das hört sich vielleicht extrem viel an, ist aber angesichts der Tatsache, dass es sich um freie Mitarbeiter handelt, die jede Absicherung selbst finanzieren müssen, nur gerechtfertigt.

In diesem Jahr werden wir mehr als doppelt so viele Sprach- und Integrationskurse bereitstellen müssen. Schon jetzt haben wir zu wenig qualifizierte Lehrer dafür. Diesem Mangel können wir nur begegnen, wenn wir die Lehrkräftevergütung deutlich verbessern und damit endlich faire, gerechte und motivierende Gehälter zahlen. Die bislang in dem Bereich gezahlten Gehälter reichen bei Weitem nicht aus, um genügend qualifiziertes Personal

anzuwerben. Integration fängt beim Erlernen der Sprache an und kann nur gelingen, wenn wir dafür gute Lehrerinnen und Lehrer bereitstellen.

Jetzt ist die Bundesregierung am Zug. Sie muss in Zukunft sicherstellen, dass die entsprechenden Anbieter der Kurse diese Mindestvergütung auch an die Lehrkräfte auszahlen. Auch muss sie eine wirkungsvolle Gesamtstrategie für die verschiedenen Maßnahmen der Sprachförderung entwickeln und fortlaufend deren Wirksamkeit überprüfen.



## Termine



**Dienstag, den 06.09.2016, 19.30 Uhr,**

„Arbeit 4.0“, Fraktion vor Ort mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und Swen Schulz. Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

**Dienstag, den 27.09.2016, 19.30 Uhr,**

„Sport und Gesellschaft“, Fraktion vor Ort mit der Sprecherin der AG Sport in der SPD-Bundestagsfraktion Michaela Engelmeier und Swen Schulz. Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

**Dienstag, den 08.11.2016, 19.30 Uhr,**

„Innere Sicherheit“, Fraktion vor Ort mit dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Burkhard Lischka und Swen Schulz (verschoben vom 21.06.2016). Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Weitere Termine u. a. für Bürgersprechstunden und Kümmertouren können Sie erfragen unter Tel.: 36 75 70 90.

[www.swen-schulz.de](http://www.swen-schulz.de) | [info@swen-schulz.de](mailto:info@swen-schulz.de) | Bundestag: 227 70 185 | Bürgerbüro: 36 75 70 90

# SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

## Mieter besser schützen!



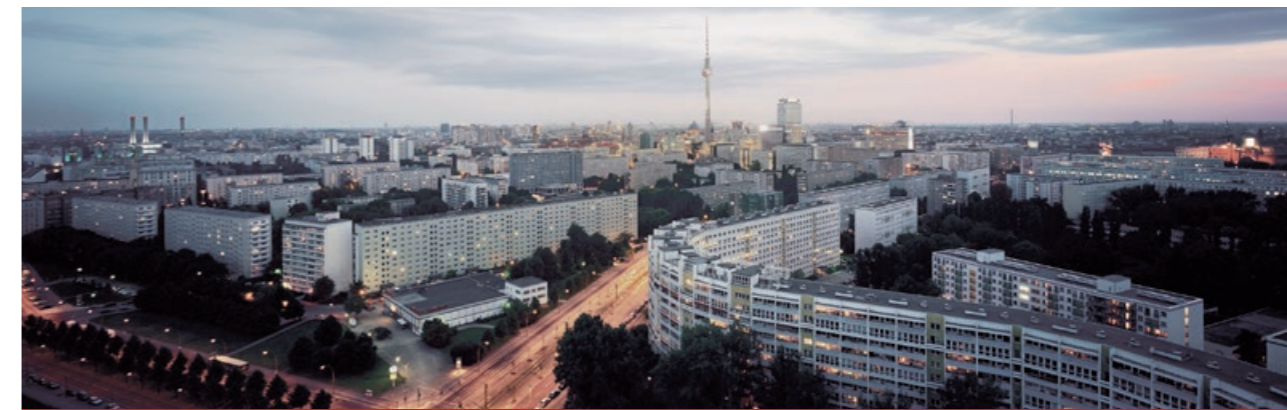
der Mieter das angemahnt hat – nicht etwa rückwirkend ab Mietvertragsabschluss.

Das wollen wir nun in einem neuen Anlauf mit den Studien über die (Un-)Wirksamkeit der Mietpreisbremse im Rücken ändern. Immerhin gibt es auch gute Nachrichten: Die Änderungen bei den Maklern, also das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ – und nicht immer der Mieter, funktioniert offenbar insgesamt ganz gut.

Aber wir haben noch weitere Themen, wo wir die Mieter besser schützen wollen. Bundesjustizminister Heiko Maas hat darum ein „Mietrechtsnovellierungsgesetz“ vorgelegt, mit dem unter anderem der Mietspiegel verbessert und mieterfreundlicher gestaltet werden soll.

Und, ganz wichtig: Die Modernisierungumlage soll abgesenkt werden, damit Modernisierungen nicht so hart zulasten der Mieter gehen. Darüber hinaus soll endlich klargestellt werden, dass alleine die tatsächliche Wohnfläche maßgeblich ist für die Miete und die Betriebskosten. Klingt komisch, ist aber ein Problem, da bislang normalerweise die im Mietvertrag definierte Fläche ausschlaggebend ist. Auch hier wollen wir Ungerechtigkeiten für die Mieter aus der Welt schaffen.

Nun ist die Frage, ob das mit der CDU noch vereinbar ist. Ich habe da ehrlich gesagt Zweifel, so wie die sich bislang immer als Lobby der Vermieter aufgespielt haben... aber man soll die Hoffnung nicht aufgeben.





Sehr geehrte Damen und Herren,

die Demokratie wird angegriffen: von Radikalen, von hasserfüllten Spinnern, von rücksichtslosen Machthabern. Der Präsident der Türkei attackiert türkischstämmige Mitglieder des Deutschen Bundestages derart, dass sie derzeit unter Polizeischutz stehen. Eine pro-europäische Abgeordnete wird in England ermordet – nach einer zunehmend radikalisierten öffentlichen Debatte über die EU.

Und auch in Deutschland, so habe ich das Gefühl, fallen Hemmungen. Man muss nur mal eine halbe Stunde in den „sozialen Netzwerken“ herumklicken. Das fängt mit den Kommentaren über eine Fußballreporterin an und hört bei Politikern nicht auf. „Soziale“ Netzwerke???

Ja, Politik hat auch hier Verantwortung. Verantwortung dafür, Auswüchse im Internet zu bekämpfen, Hassparolen, Diskriminierung und Hetze nicht zuzulassen. Und Politik muss, wo es geht, Sorgen erst nehmen, etwa vor sozialem Abstieg.

Aber es ist eben auch die Gesellschaft gefragt. Wir alle müssen diesem Mist entgegentreten, wenn Prominente niedergemacht oder Schüler gemobbt werden. Vielleicht müssen wir alle wieder stärker soziale Netzwerke im wirklichen Leben knüpfen, die Menschen real miteinander verbinden.

Und dann wünschte ich mir aber auch, dass die Zeitungen und Sender gelegentlich fairer berichten. Bei allen Problemen: Insgesamt ist es doch nicht so, dass in Deutschland alle ständig vor Verzweiflung aufschreien müssten. Manche Aufregung scheint mir doch sehr übertrieben zu sein.

Beste Grüße und bis bald

SL SCHULZ

Swen Schulz

## „Hartz-Gesetze“ werden geändert

Unter der Abkürzung SGB II verbirgt sich ein für viele Menschen sehr wichtiges Gesetz: das zweite Sozialgesetzbuch. Darin werden die Ansprüche für alle, deren Gehalt nicht für sie und ihre Familie ausreicht, geregelt – auch das was gemeinhin „Hartz IV“ genannt wird.

Dieses Sozialgesetzbuch wird nun reformiert. Die Überschrift lautet „Entbürokratisierung“, aber wenn in einem so wichtigen Bereich Dinge geändert werden, gibt es immer auch Chancen und Risiken. Eine Frage, die mir sehr am Herzen liegt, ist die Unterstützung von Auszubildenden durch das JobCenter: Immer wieder habe ich in meiner Bürgersprechstunde Fälle, in denen die Menschen ihre Ausbildung abbrechen müssen, weil sie nicht vom JobCenter gefördert werden, da das JobCenter es nicht darf. Das wird endlich, endlich, endlich der Vergangenheit angehören, weil wir das Gesetz entsprechend ändern und die Förderung auch auf Auszubildende ausweiten!



Es gibt aber auch massive Kritik an schwierigen Punkten des Gesetzentwurfes der Bundesregierung. Insbesondere bei zwei Fragen haben wir in den parlamentarischen Beratungen gehandelt: Alleinerziehenden werden nicht, wie zunächst vorgesehen, Tage, in denen die Kinder beim getrennt lebenden Elternteil verbringen, von den Leistungen abgezogen. Und: Die Zwangsverrentung wird nicht im Verfahren erleichtert.

Es bleiben durchaus noch kritische Punkte, auch ungenutzte Chancen, wie etwa sinnvolle Änderungen bei den Sanktionen für Jugendliche. Doch gerade die parlamentarischen Beratungen zeigen: Es lohnt sich, die Abgeordneten auf ein Gesetz schauen zu lassen.



## Regierungssitz Berlin

Vor 25 Jahren stimmte der Deutsche Bundestag darüber ab, dass Berlin nicht nur Hauptstadt, sondern auch Regierungssitz wird. Doch mit der Einschränkung, dass laut dem Berlin-Bonn-Gesetz die Arbeit genau zwischen den beiden Städten verteilt sein sollte. Nach dem letzten sogenannten Teilungskostenbericht, der Auskunft darüber erteilt, wie hoch die Kosten für den doppelten Regierungssitz sind, hat sich diese Verteilung aber verändert: So nimmt das in Berlin beschäftigte Personal gegenüber dem in Bonn immer weiter zu. Derzeit beträgt der Bonner Anteil nur noch ein gutes Drittel und der Berliner Anteil demnach knapp zwei Drittel. Auch die für dieses Jahr veranschlagten Dienstreisen nach Berlin oder die allorts im Regierungsviertel entstehenden Regierungsneubauten machen deutlich, dass der sogenannte „Rutschbahneffekt“ nach Berlin nicht aufzuhalten ist. Bundesbauministerin Barbara Hendricks hat jetzt einen Arbeitsstab eingerichtet, der eine solide und ergebnisoffene Bestandsanalyse zum Berlin-Bonn-Gesetz erarbeitet. Auch wenn sie sich aktuell keinesfalls auf einen Komplettumzug festlegen mag, so denke ich, ist langfristig das Bekenntnis zu Berlin als alleinigen Regierungssitz fällig: Der Komplett-Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin muss erfolgen!

## Fahrradstellplätze

Vom Transrapid zum Fahrrad: Der Fahrradverkehr ist in aller Munde. Mir fällt auf, dass ich immer häufiger auf Probleme rund ums Rad angesprochen werde. Es werden ja immer mehr Menschen, die Rad fahren. Gerade jetzt, wo es warm ist, fällt das auf. Darum braucht es Fahrradwege und natürlich auch Stellplätze. Die jedoch sind vielerorts Mangelware. Am Bahnhof Spandau ist mir das besonders aufgefallen: Alle Radbügel sind regelmäßig rammelvoll. Darüber hinaus wird mir zunehmend gesagt, dass die manchmal teuren Räder besonders geschützte Abstellmöglichkeiten benötigen, zum Beispiel so genannte Fahrradboxen. Daraus können die Räder nicht so leicht gestohlen werden. Just am Bahnhof Spandau steht nun eine größere Fläche für solche Einrichtungen zur Verfügung. Hier sollte alten Planungen zufolge die Trasse des Transrapid gebaut werden. Aber das hat sich ja schon lange erledigt. Ich schlage darum vor, dass diese Transrapid-Planung nun zugunsten des Radverkehrs geändert wird. Einfache Konstruktionen um Räder anzuschließen, kostenpflichtige Boxen, darüber hinaus Leihräder und Ladestationen für die immer beliebter werdenden Elektro-Räder: Da ist sehr viel möglich!

## Lesestart – Termin in Flüchtlings-Unterkunft

Neulich habe ich die AWO-Einrichtung für Flüchtlinge am Askaniering besucht. Ich wollte mir anschauen, wie unsere Bundeshilfe ankommt: hier insbesondere „Lesestart für Flüchtlingskinder“ und der „Bundesfreiwilligendienst“. Gemeinsam mit der Stiftung Lesen hat das Bundesbildungsministerium „Lesestart für Flüchtlingskinder“ ins Leben gerufen. Das ist ein bundesweites Programm, das Flüchtlingskinder und ihre Eltern in Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Vorlesen und Lesen vertraut macht, um

erste Zugänge zur deutschen Sprache zu bekommen und das Lesen lernen zu unterstützen. Den Bundesfreiwilligendienst kennen wir ja aus anderen Zusammenhängen. Hier hat Manuela Schwesig extra Mittel genutzt, um den Einsatz der „Bufdis“ auch im Bereich der Flüchtlingshilfe zu ermöglichen. Die Ergebnisse sind sehr positiv: Engagierte junge Freiwillige und ein Team, das sich über „Lesestart“ sehr freut und es intensiv nutzt.



Besucht mich auch auf meiner Internetseite unter [www.swen-schulz.de](http://www.swen-schulz.de) oder wir treffen uns bei [www.facebook.com/swenschulz](https://www.facebook.com/swenschulz).